

Peer Pasternack

Politik und Soziologie in der DDR

Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz:
Die Hallesche Bahro-Affäre 1977

Vor allem Arbeit: Soziologie in Halle

Von 1947 und 1949 hatte es an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) bereits ein Institut für Soziologie gegeben. Eine eigentliche Institutionalisierung des Faches gelang allerdings erst 1963 mit der Gründung einer „Kommission für konkret-soziologische Forschung“, 1965 dann „Soziologische Abteilung“, schließlich „Wissenschaftsbereich Soziologie“ an der Sektion Wirtschaftswissenschaften. Dessen inhaltliche Schwerpunkte lagen in der Arbeits- und Industriesoziologie. 1976 startete ein eigenständiger Studiengang, wobei im jährlichen Wechsel mit der Universität Leipzig immatrikuliert wurde. Damit war Halle einer von drei Standorten, an denen in der DDR Soziologen und Soziologinnen ausgebildet wurden (der dritte Ort war die Humboldt-Universität zu Berlin; überdies gab es an der Universität Rostock ein Nebenfachstudium Soziologie).¹

Der Hallesche Wissenschaftsbereich Soziologie arbeitete stark im Modus einer Ressortforschungseinrichtung. Er realisierte permanente Begleitforschung für die Industrie, und die politisch abgeforderten Arbeitsprogramme führten zu einer Situation permanenter Auftragsforschung. Durchgehend waren diese Aktivitäten auf den systemischen Kontext der DDR bezogen. Sie zielten auf eine interne Systemoptimierung. Politisch wurden Beiträge zur Optimierung von Arbeitsprozessen in der Industrie erwartet. Die Forschung der Einrichtung hatte ein grundsätzliches und durchgehendes Hauptthema: das Verhältnis der Menschen zur Arbeit,² und zwar systemspezifisch vor

allem das *sozialistische* Verhältnis zur Arbeit (Stollberg 1988). Dabei wurde insbesondere die Kollektivität der Arbeit als Quelle individueller Anerkennung betrachtet – dies vorzugsweise im Kontrast zur Hausarbeit von Frauen.³

Das Forschungsprogramm fand sich durch zahlreiche Projekte in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie (AIBS) untersetzt. Arbeitsmotivation, Schichtarbeit, Arbeitsverhalten oder das „kulturell-technische Niveau der Werktätigen“ waren entsprechende Forschungsthemen. Eine kritische Funktion nahm diese soziologische Forschung entsprechend ihres Kontextes und Auftrags nur systemimmanent wahr. Entgegen heutiger Absurditätswahrnehmungen folgte dies einer spezifischen Rationalität: Man sah sich als Vollstrecker eines historischen Gesetzes, das die Entfaltung einer Epoche der Ausbeutungsfreiheit auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Der Gedanke, diesem historischen Gesetz im wissenschaftlichen Handeln *nicht* zu entsprechen, erschien seinerseits als absurd.

Die Leitung der Abteilung bzw. des Wissenschaftsbereichs hatte von 1965 bis 1990 Prof. Rudhard Stollberg (1931-2013) inne. Stollberg war, wie alle DDR-Soziologen der Gründergeneration, disziplinärer Seiteneinsteiger – dem Umstand geschuldet, dass es in den 50er Jahren nahezu keine Soziologie im ostdeutschen Wissenschaftsbetrieb gegeben hatte (vgl. Sparschuh/Koch 1997). Allerdings brachte Stollberg fachliche Voraussetzungen mit, die ihn für den vorgesehenen Schwerpunkt der halleschen Soziologie durchaus prädestinierten.

Er hatte 1951 bis 1954 Lehrer für Politische

Ökonomie in Halle studiert und arbeitete seit 1955 auf dem Fachgebiet „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“.⁴ Im Bereich Politische Ökonomie der Martin-Luther-Universität war er 1957 mit einer Arbeit zur „Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland“ (Stollberg 1957) promoviert worden. Der Lehrstuhl, an dem er tätig war, bearbeitete als Schwerpunktthema „Die Herausbildung des sozialistischen Systems der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit (sozialistische Gemeinschaftsarbeit)“.⁵

Stollberg realisierte dort Forschungsprojekte zum „Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands“,⁶ zu „Problemen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“⁷ und zur „Herausbildung des Systems der sozialistischen Organisation und der gesellschaftlichen Arbeit“.⁸ Im übrigen leitete er die Abteilung „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“, die auch gegenwartsbezogene Themen bearbeitete, insofern sie unter anderem für die Kritik bürgerlicher Wirtschaftstheorien zuständig war. 1963 wird er als Dozent und damit Hochschullehrer sowie als stellvertretender Direktor des Instituts für Politische Ökonomie ausgewiesen.⁹

Programmpapiere von 1963/1964 verweisen darauf, dass die Themen des Stollbergschen Bereichs am Institut für politische Ökonomie in Richtung arbeits- und industriesoziologischer Fragen profiliert werden sollten: „Das Verhältnis von einfacher und komplizierter Arbeit und die Verteilung nach der Arbeitsleistung“,¹⁰ „Arbeitskräftefluktuation als soziologisches Problem“¹¹ oder „Probleme der Arbeitskräftefluktuation in den Betrieben des Chemieanlagenbaues“¹² waren vorgesehene Forschungsprojekte. Für 1965 wurde ein Projekt zur „Entwicklung der Konsumtion der Arbeiter und Angestellten in der Zeit von 1945 bis 1964 in Abhängigkeit von der Veränderung der Einkommens- und Preisverhältnisse“ in Aussicht gestellt.¹³

Habilitiert hatte sich Stollberg 1962 noch mit einer ideengeschichtlich-ideologiekritischen Arbeit zu „Apologetik und Vulgarismus in der Grenznutzentheorie. Eine Studie zur Analyse des Verfallsprozesses der bürgerlichen politischen Ökonomie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts“ (Stollberg 1962). Doch indem er 1965 die Leitung der neugegründeten Ab-

teilung Soziologie übernahm, konnte er an seine bisherigen soziologieaffinen Arbeiten und Vorhaben anknüpfen, sie in ein eigenständiges Forschungsprogramm überführen und empirisch unterfüttern.

Politisch formulierte Forschungsaufträge und wissenschaftliche Forschungsergebnisse kollidieren häufig miteinander. Dies gilt zunächst systemübergreifend und ist auch aus der Gegenwart bekannt. Spezifisch für ein autoritäres Regime war (und ist) hingegen, welche Durchgriffsmöglichkeiten bestanden, um mit den aus politischer Sicht unerwünschten Resultaten empirischer Analysen umzugehen. An einem Punkt, der zudem eine eher nebensächliche Aktivität betraf, verdichtete sich dies und führte für die hallesche Soziologie zu einer krisenhaften Zuspitzung. Die Rekonstruktion dieses Vorgangs erhellt insoweit schlaglichtartig die Bedingungen, unter denen Politik und soziologische Forschung in der DDR ihr fortwährend prekäres Verhältnis gestalteten. Der Vorgang, um den es geht, erhielt seine Brisanz durch die zeitgeschichtliche Rolle seiner Hauptperson: Rudolf Bahro. Diese erst zog Rudhard Stollberg als Nebenfigur in einen Strudel politischer Schwierigkeiten bis hin zur geheimpolizeilichen Bearbeitung. Um dies zu erhellen, wird der Vorgang im Folgenden aus den Akten, vornehmlich des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), und Zeitzeugenbefragungen rekonstruiert.

Eine Merseburger Dissertation und ein hallesches Gutachten

1975 schloss ein externer Doktorand an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg seine Dissertationsschrift ab. Ihr Titel lautete „Voraussetzungen und Maßstäbe der Arbeitsgestaltung für wissenschaftlich ausgebildete Kader im industriellen Reproduktionsprozeß der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Eine theoretische Studie über die Freisetzung der subjektiven Antriebe zu schöpferischer wissenschaftlicher Arbeit im sozialistischen Industriebetrieb“. Der Autor war Dipl.-Phil.

Rudolf Bahro. Das Thema der Untersuchung lässt es naheliegend erscheinen, dass Rudhard Stollberg um ein Zweitgutachten gebeten wurde.

Am 18. Juni 1976 zeichnete Stollberg sein Gutachten zur Dissertation-A-Schrift Rudolf Bahros ab (Abb. 1). Die Arbeit sei „außerordentlich anregend, und es ließe sich eine Vielzahl kluger Gedanken anführen, denen man zustimmen kann und die Anlaß zu weiteren Überlegungen geben“.

Drei Merkmale, so Stollberg, minderten zwar den Wert der Arbeit ein wenig: zum ersten „eine gewisse Unbekümmertheit“, mit der der Doktorand generalisiere. „Seine drastischen Darlegungen über gegenwärtig gehandhabte Leitungspraktiken halte ich für überzogen. Die Bemühungen unserer Gesellschaft um die günstige Gestaltung arbeitsorganisatorischer Regelungen werden nur ungenügend erkennbar.“ Ein zweiter Mangel sei die „relativ

einseitige Orientierung auf den psychologischen Aspekt der Arbeitsorganisation“: „Offenbar sind die Dinge doch etwas komplexer zu sehen, als das der Doktorand tut.“ Drittens schließlich „hätte der Doktorand in weiten Teilen der Arbeit etwas nüchterner formulieren und auf eine scheinwissenschaftliche Eleganz in der Darstellung, die auch stellenweise das Lesen erschwert, verzichten sollen“.

Doch „im ganzen ... eine gute wissenschaftliche Leistung“. Positiv hervorzuheben sei die Belesenheit des Autors und sein Bemühen, in die insgesamt philosophisch orientierte Arbeit Erkenntnisse anderer Disziplinen – Psychologie, Soziologie und Ökonomie – einfließen zu lassen. „Ein Vorzug der Arbeit ist ihr Reichtum an neuen [Gedanken], die Tatsache, daß der Autor sich nicht an Klischees klammert, daß er parteilich vorgeht, kritisch analysiert und scharf pointiert.“ Prädikat: cum laude.

Abb. 1: Rudhard Stollberg: Gutachten zur Dissertation Rudolf Bahros, Halle/S., 1976¹⁴

G u t a c h t e n

Zur Dissertation A des Dipl.-Phil. Rudolf Bahro zum Thema „Voraussetzungen und Maßstäbe der Arbeitsgestaltung für wissenschaftlich ausgebildete Kader im industriellen Reproduktionsprozeß der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“

Der Verfasser nennt seine Arbeit eine theoretische Studie über die Freisetzung der subjektiven Antriebe zu schöpferischer wissenschaftlicher Arbeit im sozialistischen Industriebetrieb. Ihm geht es darum, Quellen der Kreativität der von ihm so bezeichneten „wissenschaftlichen Praktiker“ zu erschließen und auf diese Weise die Effektivität der Bereiche zu erhöhen, in denen diese Kader vorwiegend tätig sind. Dabei stützt er sich neben der Eigenbeobachtung auf die Erfahrungen einer Reihe solcher „wissenschaftlicher Praktiker“, mit denen Gespräche durchgeführt wurden.

Zunächst kann festgestellt werden, daß das Anliegen des Doktoranden mit einem gesellschaftlichen Bedürfnis übereinstimmt, nämlich mit dem Bedürfnis nach der Aufdeckung aller Reserven zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität. Es stimmt auch mit dem Bemühen der sozialistischen Gesellschaft überein, durch die Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte, wie wir generell sagen, den Raum für schöpferisches Arbeiten und ein höheres Maß an Eigeninitiative der Werktätigen zu erhöhen. Daher ist es zu begrüßen, wenn der Doktorand, anknüpfend an eine Reihe von Untersuchungen über den Einsatz von Hoch- und Fachschulkadern (Schellenberger) und die Situation in F/E-Bereichen (Bohring u.a.) seine Gedanken zu diesem Thema darlegt.

Überblickt man die Dissertationsschrift als Ganzes, so muß man dem Doktoranden die Fähigkeit zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit bescheinigen. Positiv hervorzuheben ist die Belesenheit des Autors und sein Bemühen, in die insgesamt philosophisch orientierte Arbeit Erkenntnisse der Psychologie, aber auch der Soziologie und Ökonomie einfließen zu lassen. |Seite 2| Ein Vorzug der Arbeit ist ihr Reichtum an neuen Gedanken, die Tatsache,

daß der Autor sich nicht an Klischees klammert, daß er parteilich vorgeht, kritisch analysiert und scharf pointiert. Er hat die Arbeit offenbar mit großem persönlichem Engagement geschrieben und zunächst für sich praktiziert, was er für die Tätigkeit „wissenschaftlicher Praktiker“ generell fordert.

Auf diese Weise wurde die Dissertationsschrift außerordentlich anregend, und es ließe sich eine Vielzahl kluger Gedanken anführen, denen man zustimmen kann und die Anlaß zu weiteren Überlegungen geben. Das betrifft z.B. die Analyse der kreativitätsfördernden Situation, die Anforderungen an einen guten Leitungsstil usw.

Daher ist die Arbeit auch als praxiswirksam zu bezeichnen. Sie orientiert auf ein Neudurchdenken einer Reihe von Fragen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation in speziellen Bereichen der Volkswirtschaft, wenngleich sie auch noch nicht zu konkreten Vorschlägen führt, was aber vom Verfasser auch nicht beabsichtigt war.

Gemindert wird der Wert der Arbeit durch drei Merkmale. Das erste betrifft eine gewisse Unbekümmertheit, um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, mit der der Doktorand die gegenwärtige Situation der Arbeit der „wissenschaftlichen Praktiker“ charakterisiert und generalisiert. Seine drastischen Darlegungen über gegenwärtig gehandhabte Leitungspraktiken halte ich für überzogen. Die Bemühungen unserer Gesellschaft um die günstige Gestaltung arbeitsorganisatorischer Regelungen werden nur ungenügend erkennbar. Hier widerspiegelt sich offenbar auch die Willkür, nach der der vom Doktoranden für die Befragung ausgewählte Personenkreis zusammengesetzt war.

Einen weiteren Mangel sehe ich in der relativ einseitigen Orientierung auf den psychologischen Aspekt der Arbeitsorganisation, in der Anknüpfung an die Bedürfnisse und Erwartungen des Individuums. Sicher spielt auch dieser Aspekt eine wichtige Rolle, und wenn wir den Menschen als im Mittelpunkt stehend bezeichnen, [Seite 3] dann ist das keine bloße Phrase. Aber die Organisation der Arbeit bis hin zur volkswirtschaftlichen Planung unterliegt natürlich den objektiven Gesetzmäßigkeiten, die nicht übersehen werden können, und die Bedürfnisse des Individuums, in der sozialistischen Gesellschaft reduzieren sich auch nicht ausschließlich auf solche, die den Charakter seiner konkreten Arbeitsaufgabe betreffen. Offenbar sind die Dinge doch etwas komplexer zu sehen, als das der Doktorand tut.

Drittens schließlich hätte der Doktorand in weiten Teilen der Arbeit etwas nüchterner formulieren und auf eine scheinwissenschaftliche Eleganz in der Darstellung, die auch stellenweise das Lesen erschwert, verzichten sollen. Damit zusammenhängend durchbricht er auch manchmal den üblichen Gebrauch wissenschaftlicher Termini. Nach meiner Auffassung sollte man z.B. den Begriff der Sozialstruktur nicht dadurch aushöhlen, daß man von einer „Sozialstruktur der Arbeitsstellung“ (S. 252) spricht.

Aus meinem Fachgebiet ist mir auch nicht geläufig, daß die Persönlichkeit eine Struktur ist (S. 113), und auch nicht, was man sich unter „Antistimuli“ vorstellen könnte (S. 111). Trotz dieser Mängel halte ich die vorgelegte Dissertationsschrift für eine nützliche und im ganzen auch für eine gute wissenschaftliche Leistung und empfehle ihre Annahme.

Prädikat: cum laude

Halle/S., d. 18.6.1976

Prof. Dr. sc. R. Stollberg

1977 wurde in der Bundesrepublik ein Buch des Verfassers der Dissertation veröffentlicht: „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1977). Der Autor selbst saß zu diesem Zeitpunkt in der DDR im Gefängnis. Anlass seiner Verhaftung war genau dieses Buch. Es handelt sich dabei zwar nicht – wie später häufig kolportiert wurde – um eine überarbeitete Fassung der Dissertation. Diese erschien drei Jahre später in der Bundesrepublik unter dem Titel „Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1980). Doch sind Passagen aus dieser in die „Alternative“ eingeflossen. Bahro selbst sagte – in den Worten eines IM-Berichts –, er habe „in der Dissertation ein Teilproblem“ der „Alternative“ behandelt. „Er hält seine Dissertation für eine Ergänzung der Konzeption [der ‚Alternative‘, P. P.] im legalen Bereich“ (zit. bei Herzberg/Seifert 2002: 166). Beide Arbeiten fußen zudem auf einer gemeinsamen tragenden Idee: „die trotz veränderter Produktionsverhältnisse auch im Sozialismus fortgesetzte alte Arbeitsteilung und deren notwendige Überwindung“ (ebd.: 119).

Dem Manuskript der „Alternative“ war das MfS während nahezu seiner gesamten Entstehungszeit auf der Spur und in der Regel auch über die jeweils aktuelle Bearbeitungsfassung genauestens im Bilde. Der Vorgang zog sich über drei Jahre hin bis zur Verhaftung Bahros im August 1977 (vgl. ebd.: 133-172). Während dieser Zeit lief an der TH Merseburg das Promotionsverfahren. In der U-Haft beschrieb Bahro die Intentionen seiner Doktorarbeit:

„Meine Dissertation will dazu beitragen, daß die Entfaltungsbedingungen für die schöpferische Initiative der Hoch- und Fachschulkader in der Industrie verbessert werden. Was müssen wir tun, wenn ihre subjektiven Antriebe möglichst umfassend freigesetzt werden sollen?“ – so lautet ihre zentrale Frage. Allein auf diesen Zweck hin – also an keiner Stelle der Arbeit etwa bloß, um über Mißstände zu lamentieren – behandle ich eingehend die Hemmnisse, denen sich Kader in ihrer Arbeitssituation gegenübersehen. Ich zeige diese Hemmnisse

nicht nur empirisch auf, sondern ich erkläre sie, ordne sie in einen Entwicklungsprozeß ein. Ich analysiere sie auf ihre vorwiegend objektiven Ursachen hin, die ich in den Entwicklungswidersprüchen unserer Produktionsverhältnisse und speziell in bestimmten inzwischen veralteten Zügen unseres Leitungssystems in der Wirtschaft erkenne. Im Ergebnis gelange ich zu einer ganzen Reihe konstruktiver Vorschläge, die auf die Überwindung der aufgedeckten Hemmnisse und ihrer Ursachen abzielen.“ (Zit. ebd.: 119)

Die Arbeit ist frei von explizit politischen Äußerungen. Zwar sei sie ganz aufs Verändern angelegt, „doch alles im Rahmen der Normalität des real existierenden Sozialismus“ – mit Ausnahme des durchgehenden Themas, der Aufhebung der alten Arbeitsteilung. „Mit dieser Dissertation hätte er unter normal-günstigen Umständen promoviert werden müssen“, so die Bahro-Biografen Herzberg und Seifert (ebd.: 120).

Allerdings gab es zu der Arbeit einen Anhang. Dieser enthielt 48 Interviews, die Bahro im Laufe mehrerer Jahre mit „wissenschaftlich ausgebildeten Kadern“ geführt hatte.¹⁵ Als sein Erstbetreuer, der Industriesoziologe Günter Bohring von der TH Leuna-Merseburg, diese Interviews las, sei er schockiert gewesen und hätte geraten, die Befragungen im Safe zu lassen. Sie seien auch überhaupt nicht nötig für die Dissertation. „Doch Bahro meinte, diese Gesprächsaufzeichnungen seien das beste Stück vom ganzen Projekt. Damit nahm das Verhängnis seinen Lauf.“ (Ebd.: 122)

In den Interviews beschrieben VEB-Beschäftigte mit Hoch- oder Fachschulabschluss – meist technische Intelligenz – ihren Arbeitsalltag. Die Schilderungen waren weithin Dokumente der Frustration über demotivierende Bedingungen, Organisationsabläufe und Strukturen. Einen exemplarischen Auszug enthält Abbildung 2.

Am 14. Oktober 1975 reichte Bahro seine Dissertation – incl. des Interview-Anhangs – an der TH Leuna-Merseburg ein. Kurz darauf wurde der Anhang als „Vertrauliche Verschlussache“ (VVS) eingestuft und Bahro

Abb. 2: Auszug aus dem Interview-Anhang der Dissertation Rudolf Bahros¹⁶

„Niemand hat das gesamtstaatliche Interesse im Auge, jeder nur seine Abteilung, sein Werk. Wenn dort alles nach Plan läuft, nach Plan vom vorigen Jahr, denn da ist er gearbeitet, ist er der Mann. Danach wird er beurteilt. Zumindest fällt er nicht auf. Für die 1000 Teile nebenbei – falls er die doch macht – lobt ihn niemand. Hat er sie aber drin, während zufällig gerade etwas anderes schief läuft, eine andere Maschine ausfällt und der Monatsplan, gar nicht etwa der Jahresplan des Werkes, ohnehin mal wieder wackelt, bezieht er Dresche. Das ist überall so, und es liegt nicht an der Dummheit einzelner Leute. Die Wirtschaft ist so programmiert. Wenn ich aber zum APO-Sekretär gehe und darüber mit ihm reden will, spricht er nachher zu anderen darüber, daß ich vor dreizehn Jahren, 1961, unzuverlässig war. Aber die Mentalität der Planerfüllung hindert jeden Fortschritt. Wenn ich die Zykluszeit für eine laufende Produktion senken will, weil mir was eingefallen ist, gibt es natürlich ein paar mehr Teile Ausschuß. Schon beschwert sich der Meister, bald auch der Abteilungsleiter, und die Kollegin an der Maschine schimpft: Jetzt kommt er schon wieder und verstellt mir alles, ich komme nicht auf mein Geld. Ich habe den Flaschenkasten von 1,50 auf 1,15 sec heruntergebracht, aber man hat mich dafür in den Hintern getreten. Jüngst hat man uns für eine Schicht eine einzige, die schlechteste Maschine zum Mustern zur Verfügung gestellt, immerhin etwas. Aber ohne Neueinrichtung auf der produzierenden Maschine geht es nicht, die kann nicht ganz wegfallen. Man läuft sich heiß gegen eine starre Programmierung des ganzen Ablaufs. Unsere Rationalisierung in der Republik, um noch mal darauf zurückzukommen, leidet noch darunter, daß man nichts einschieben kann. Wenn die letzten privaten Krauter wegfallen, wird es noch schlimmer. Im September 1972 haben wir die Artikelzeichnungen für 6 Blaswerkzeuge nach Westdeutschland zu einem Auftraggeber geschickt, am 15.1.1973 standen die fertigen Werkzeuge zur Musterung hier, dabei noch zwei Werkzeuge, die für verschiedene Zwecke einsetzbar sind. Bei uns dauert das gleiche Unternehmen Jahre, und auf den langen Strecken werden Leute müde. Sie warten auf das Ergebnis ihrer vorigen Initiative, ehe sie die nächste anfangen, und sind im Willen blockiert.“ (Bahro 1996: 723)

aufgefordert, sämtliche Exemplare der Dissertation abzuliefern. Als bald übernahm das MfS die Regie des Promotionsverfahrens:

„Die wissenschaftliche Arbeit des Bahro wird über Gegengutachten negativ eingeschätzt, so daß das Promotionsverfahren nicht fortgesetzt werden kann [...] Die ausgewählten Wissenschaftler werden mündlich durch den Mitarbeiter des MHF [Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen] auf die Zielstellung vorbereitet“ (zit. in Herzberg/Seifert 2002: 125).

Die Gegengutachten hatten auf die bereits vorliegenden drei Gutachten zu reagieren, neben dem von Erstbetreuer Bohring und von Stollberg eines von Hans-Joachim Hiebsch, Sozialpsychologe an der Universität Jena. Alle

drei Gutachter hatten positiv votiert. Die zwei dann angeforderten Gutachten waren, gemäß Auftragsstellung, negativ (vgl. ebd.: 126-128). Am 17. Januar 1977 lehnte die Fakultät der TH Leuna-Merseburg die Annahme der Dissertation ab.¹⁷ Im Februar 1977 fand die parteiseitige ‚Aufarbeitung‘ der Angelegenheit statt. In einer außerordentlichen Parteiversammlung der TH-Grundorganisation Marxismus-Leninismus wurde „als abschreckendes Beispiel mangelnder Wachsamkeit und politisch sorgloser Arbeitsweise [...] sein Betreuer Prof. Bohring vorgeführt“ (ebd.: 129f.).

Die politische Nachbereitung in Halle

Etwas später, „im Frühjahr 1977“,¹⁸ schwappte die politische Nachbereitung des Vorgangs

auch nach Halle über. Rudhard Stollberg habe, so das MfS in einer „Information“, auf einer Parteigruppenversammlung des WB Soziologie eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben:

„Die Versuche des Klassengegners, seinen ideologischen Einfluß in den sozialistischen Ländern geltend zu machen, haben sich verstärkt. Dabei kommen verfeinerte, äußerst raffinierte und variable Methoden zur Anwendung. In zunehmendem Maße ... ist das Bemühen des Klassengegners spürbar, die sozialistische Ideologie von innen her auszuhöhlen, indem er versucht, in die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften einzudringen und diese mit bürgerlichem Gedankengut zu durchdringen. Ein konkretes Beispiel habe Rudolf Bahro geliefert, der ... unter dem Deckmantel marxistisch-leninistischer Ausgangspositionen und konstruktiv-kritischen Herangehens an die Lösung gesellschaftlicher Probleme Grundpositionen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates verlassen bzw. angegriffen hat. || Bahro habe es verstanden, durch geschickte und verklau-sulierte Abfassung seiner Schrift selbst die beauftragten Gutachter zu täuschen. Prof. Stollberg ... begründete die gelungene Täuschung damit, daß die Gutachter anfangs nicht die notwendige Aufmerksamkeit walten ließen. Erst die Hinzuziehung eines zusätzlichen Gutachters und Konsultationen der Gutachter untereinander habe die Hintergründigkeit der von Bahro vertretenen antisozialistischen Auffassungen deutlich werden lassen. || Daran anknüpfend forderte Prof. Stollberg die Angehörigen des WB Soziologie zu erhöhter revolutionärer Wachsamkeit auf.“¹⁹

Allerdings war das alles offenbar nicht sehr überzeugend vorgetragen worden. Jedenfalls schätzte das MfS auf der Basis von IM-Informationen ein: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“ Vielmehr sei sein ganzes Auftreten gekünstelt gewesen

und habe den Eindruck erweckt, „daß er die dargelegte Erklärung nur deshalb abgegeben hat, um seine eigenen Fehler zu bemänteln. || Seine Darlegungen ließen jede eigene konsequente und parteiliche Haltung vermissen.“²⁰

Doch zunächst schien mit dieser Behandlung in der Parteigruppe des Wissenschaftsbereichs die Angelegenheit niedrigschwellig erledigt worden zu sein. Weder der Rektor oder Prorektor für Gesellschaftswissenschaften noch der Sektionsdirektor Wirtschaftswissenschaften wurden einstweilen mit dem Vorgang behelligt.²¹ Erst im September 1977, über ein Jahr nach Stollbergs Gutachten, wurde die Bezirksverwaltung Halle des MfS auf den Umstand aufmerksam, dass das Bahro-Promotionsverfahren in Merseburg auch MLU-Bezüge aufwies – bzw. genauer: Das MfS wurde auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, nämlich durch einen IM, der „zum engsten Umgangskreis von Prof. Stollberg“ gehöre. „Die Information muß deshalb, zumindest soweit es sich um die Passagen handelt, die ausdrücklich als aus persönlichen Gesprächen stammend charakterisiert sind, streng konspirativ ausgewertet werden“, mahnte das MfS.²²

Nun entfaltete sich eine Behandlungsdynamik des Vorgangs, die hier vor allem aus den einschlägigen MfS-Berichten rekonstruiert werden muss – letzteres deshalb, weil das Jahr 1977 in der Aktenüberlieferung der Universitätsparteilieferung fehlt, ebenso wie Hinweise auf den Fall Bahro/Bohring/Stollberg in den Unterlagen der Parteikontrollkommission sowie der Abteilung „Wissenschaften und Volksbildung, Kultur“ der SED-Bezirksleitung Halle. Sämtliche Unterlagen zu dem schließlich eingeleiteten Parteiverfahren gegen Stollberg sind in den einschlägigen Akten nicht auffindbar.²³ Eine gezielte Aktensäuberung liegt hier nahe.²⁴

Die chronologisch erste Quelle aus dem Bestand des BStU ist ein IM-Bericht vom 1.9.1977:

„Am Tage nach der Verhaftung von R. Bahro durch unsere Sicherheitsorgane gab ich dem Rektor zur Kenntnis, daß R. Bahro vor einiger Zeit eine Dissertation A an der Technischen Hochschule Merseburg einreichte. Als einer von drei Gutachtern fungierte auch Gen. Prof. Stollberg von

der Sektion Wirtschaftswissenschaften der MLU. Trotz kritischer [Hin]weise wurde durch [Stollberg] die Arbeit zur Annahme vorgeschlagen. Die Arbeit enthält feindliche Auffassungen. || Außerdem fragte ich Gen. Rektor, ob eine Auseinandersetzung mit dem Gen. Prof. Stollberg stattgefunden habe. || Der Gen. Rektor erfuhr zum ersten Mal von diesem Zusammenhänge zwischen dem Gutachten und der Person R. Bahro [...] || Gleich am nächsten Tage informierte ich den Gen. [...] Prorektor. Auch er kannte den Zusammenhang nicht. Er wird sich – so seine Worte – Gen. Prof. Stollberg bestellen.²⁵

Nur die Universitätsparteileitung habe von dem Vorgang gewusst, „so brauchte ich sie nicht informieren“. Daraufhin hätten sich Prorektor, Sektionsdirektor und der Sekretär der SED-Grundorganisationsleitung mit Stollbergs Gutachten vertraut gemacht und in Merseburg „über die Historie der Dissertation“ informieren lassen. „Ausgerüstet mit den Zusammenhängen und Fakten wird in der Parteigruppe, in der Prof. Stollberg arbeitet, die Auseinandersetzung mit ihm in kürzester Zeit geführt.“²⁶

Drei Wochen später hieß es in einer „Information“ der MfS-Abteilung XV: „Nachdem der staatsfeindliche Charakter der Tätigkeit des Bahro erkannt war, hat Stollberg erklärt, daß er die Bahro-Schrift nur oberflächlich und ‚diagonal‘ gelesen habe. [...] verantwortungsbewußte Genossen erwarten, daß Stollberg disziplinarisch belangt wird“. Ebenso wurde mitgeteilt, dass Stollberg zeitweilig beurlaubt sei.²⁷

Drei Tage später präzisierte die Abteilung XV in einer weiteren „Information“: „Stollberg [...] betont, dass er davon ausgegangen sei, daß die Arbeit, wenn sie von einem profilierten Gesellschaftswissenschaftler (Bohring) und dem führenden Sozialpsychologen der DDR (Hiebsch) positiv begutachtet wurde, in Ordnung sein müsse.“ Dennoch sei „eindeutig klar, daß Stollberg die Arbeit auch selbst gelesen hat, denn er erwähnt in seinem Gutachten [...], dass die Arbeit Passagen enthält, die einseitige und überspitzte Darstellung bestimmter gesellschaftlicher Prozesse in der DDR beinhalten.“ Darüber hinaus habe er in persönlichen Gesprächen erklärt, dass die Arbeit „sehr

kühne“ Gedanken enthalte. Er sei „sich also bei der Abfassung seines positiven Gutachtens zumindest der politischen Fragwürdigkeit der [...] enthaltenen Aussagen bewußt gewesen“.²⁸

Besondere Aufmerksamkeit erlangte nun auch der Interview-Anhang zur Bahro-Dissertation:

„Er [Stollberg] hat sich auch so weitgehend mit der Arbeit befasst, daß er sich mit dem dazugehörigen Anhang beschäftigte... Dabei handelt es sich um VVS-Material. Stollberg hat sich diesen Anhang in der VS-Stelle [der Universität] ca. eine Stunde lang durchgesehen. Eine Mitnahme aus der VS-Stelle [...] erfolgte wahrscheinlich nicht.“²⁹

Zusammenfassend sei jedenfalls „eindeutig klar“, dass Stollberg die Arbeit gelesen habe, auf in ihr steckende Probleme aufmerksam wurde, „jedoch den revisionistischen Gehalt angeblich nicht erkannte“.³⁰ Zwischenzeitlich war er auch zum Rapport nach Berlin ins Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen einbestellt worden. Dort wurden ihm die beiden negativen Gegengutachten vorgelesen. Er habe dazu geschwiegen.³¹

Die MfS-Information weiß hierzu, dass Stollberg die Verurteilungen seines Gutachtens „im Grunde bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht“ akzeptiere: In persönlichen Gesprächen vertrete er die Meinung, „dass sein Fehler lediglich im oberflächlichen Herangehen besteht und die ganze Sache erst durch die Verhaftung Bahros ... nachträglich eine besondere Bedeutung gewonnen hat [...] Jetzt könne jeder klug reden; schließlich hätten ja die Vorstellungen Bahros, die er jetzt im Westen [...] publiziert, nicht in der gleichen Form auch in der Dissertation gestanden.“³²

Im Umfeld Stollbergs scheint es keine eindeutige Distanzierungsatmosphäre gegeben zu haben, wie das MfS mehrfach und problematisierend anmerkte. In der Sektion Wirtschaftswissenschaften hätten „nicht alle Wissenschaftler zum Verhalten Stollbergs eine klare und parteiliche Position“. Es bestehe die Meinung, dass es sich um ein ausgesprochenes Gefälligkeitsgutachten³³ gehandelt habe, „bei dem sich Stollberg wissenschaftlicher Ober-

flächlichkeit und politischer Instinktilosigkeit schuldig gemacht habe“. Aber, so die Meinung der Kollegen: „Man könne Stollberg nicht mit Bahro auf eine Stufe stellen. Stollberg sei kein Konterrevolutionär.“³⁴

Bei „gelegentlich aufkommenden Diskussionen“ habe zwar die Frage im Raum gestanden, „wieso ein Wissenschaftsbereichsleiter ... so ein Gutachten abgeben könne, ohne den wirklichen Inhalt dieser Dissertation zu erkennen, oder sollte er den Inhalt doch genau erkannt haben?“ Doch „keiner der Mitarbeiter äußerte eine konkrete Meinung zu dieser Fragestellung“.³⁵

Stollberg selbst, so referierte das MfS Informationen einer Kontaktperson, mache „einen ziemlich ‚geknickten‘ Eindruck“. Er sei wohl auch eher jemand, „der nicht gern Leitungstätigkeit ausführe, er konzentriere sich lieber auf die eigentliche Forschungsarbeit“.³⁶ Letzteres hatte mit dem Vorgang, zu dessen Erklärung dieser Umstand angeführt wurde, an sich nichts zu tun. Doch gerade weil es benannt wurde, kennzeichnete es wohl die – aus Sicht des MfS höchst problematische – Stimmung im unmittelbaren Umfeld Stollbergs: Sie schwankte offenbar zwischen Indifferenz, Bedauern für Stollberg und heimlicher Sympathie.

Anders wurden die Akzente – laut MfS – unter den „leitenden Genossen der Sektion Marxismus-Leninismus“ gesetzt.³⁷ Dort habe es „anhaltend Diskussionen über Prof. Stollberg im Zusammenhang mit Bahro“ gegeben. Übereinstimmend werde das Gutachten und „das damit im Zusammenhang stehende Verhalten von Prof. S. als politisch undurchsichtig bzw. politisch verantwortungslos beurteilt“. Es werde darauf hingewiesen, dass sich Stollberg „in dieser Sache nicht offen und ehrlich zur Partei verhält, sondern sich versucht, mit ‚Scheinargumenten‘ aus seiner politischen Verantwortung heraus zu manövrieren“:

„Die ‚Entschuldigung‘ von Prof. S., das Machwerk von Bahro nur diagonal bzw. nur flüchtig gelesen zu haben, wird nicht akzeptiert, da eben das die politische Sorglosigkeit von S. zum Ausdruck bringt. Außerdem wird diese ‚Entschuldigung‘ nicht geglaubt [...] Es wird das Gerücht verbreitet, wonach Prof. S. auf der VS-Stelle

im Anhang der Dissertation von Bahro geblättert haben [...] soll.“³⁸

Diese zuspitzenden Einschätzungen der Genossen von der Sektion Marxismus-Leninismus kulminieren in der „Erwartung“, dass die Angelegenheit „gründlich untersucht und mit politischer Konsequenz geklärt wird“. Eine gewisse Unzufriedenheit der Kollegen aus der marxistisch-leninistischen Nachbarsektion mit dem Bereich Soziologie scheint sich in dem ergänzenden Satz zu artikulieren: „Dabei müsste aber auch sehr kritisch die gesamte bisherige Entwicklung von Prof. S. sowie die Situation in seinem Verantwortungsbereich Beachtung finden.“³⁹

Offenbar erst jetzt – die Quellen schweigen zu den konkreten zeitlichen Abläufen – kam es zu einem Parteiverfahren gegen Stollberg.⁴⁰ Dieses fand innerhalb der SED-Grundorganisation der Sektion Wirtschaftswissenschaften statt. Dort habe er sich, so R. Stollberg im Interview, „natürlich auch etwas Asche aufs Haupt“ gestreut.⁴¹ Eine Zeitzeugin erinnert: „In der Parteiaktivtagung ist Stollberg vor der ganzen Universität [...] noch einmal besonders gerügt worden.“⁴² Ein MfS-Papier, das dann fast ein Jahr später verfasst wurde, hält fest, dass „parteiерzieherische Maßnahmen“ gegen Stollberg eingeleitet worden seien.⁴³ Ambivalent fällt die Wiedergabe der aktuellen – Juni 1978 – Informationen zu Stollbergs Verhalten aus:

„[...] der St. sich gegenwärtig eindeutig von dem Bahro distanziert ... Durch IM wurde bekannt, daß der St. sich in dieser Woche dahingehend geäußert hat, daß der Bahro in die BRD abgeschoben wird. Als Quelle gab der St. westliche Massenmedien an.“⁴⁴

Dem MfS schien Stollberg andauernd als unsicherer Kantonist zu gelten. Er müsse „als potentiell gefährdete Person des Gegners eingeschätzt werden“ – also, jenseits der MfS-Sprache ausgedrückt, als Person, die der Gefahr unterliege, sich zum Gegner der DDR zu entwickeln. Daher sei durch „Einflußnahme unserer DE“ (Diensteinheit) erwirkt worden, „daß der St. aus dem ständigen Auslandskaderstamm des MHF herausgelöst wurde“. Stollberg

verlor also – zeitweilig – seinen Status als Auslandsreisekader. Überdies „wurde ein verstärkter IM/GMS-Einsatz sowie Maßnahmen der Abteilungen 26 – A – und M eingeleitet“.⁴⁵

Das bedeutete eine verstärkte Beobachtung Stollbergs durch Inoffizielle Mitarbeiter und „Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“⁴⁶ mit dem Ziel, „operativ relevante“ Informationen zu gewinnen. Die erwähnten Maßnahmen der MfS-Abteilung 26, zuständig für die Überwachung des Post- und Telefonverkehrs (Wiedmann 2010: 350-354), zielten auf eine Aufklärung der Verbindungen Stollbergs: A-Maßnahmen standen für Telefonüberwachung und M-Maßnahmen für Post- und Paketkontrollen (BStU 2012: 15, 54). Beide Maßnahmekategorien betrafen die grenzüberschreitende Kommunikation, das heißt: Westkontakte.

Fazit

Insgesamt wird man in dem ganzen Vorgang zweierlei erblicken können: Einerseits unterlief Stollberg eine – freilich ehrenwerte – politische Fehleinschätzung bei der Begutachtung der Bahro-Dissertation. Diese mag daraus resultiert haben, dass er als empirischer Sozialforscher einen realistischen Blick auf die Zustände in den DDR-Betrieben gewonnen hatte, der ihm die Bahrosche Darstellung als plausibel erscheinen ließ. Das wäre dann ein Beleg dafür, dass, wer auf eigenständiges Denken nicht gänzlich verzichtete, nahezu zwangsläufig auch in Konflikte mit den politischen Instanzen der DDR geraten konnte.

Andererseits unterlief dem MfS eine bemerkenswerte Fehleinschätzung in der ‚Feindpotenzialität‘ der Persönlichkeit Stollbergs. Dieser war ausweislich seiner gesamten Arbeit mit dem DDR-Sozialismus hochidentifiziert – und gerade deshalb mitunter deutlich unzufrieden mit den Zuständen in den Betrieben des Landes bzw., in den Worten des MfS: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“⁴⁷

Hierin zeigte sich, dass empirische Sozialforschung zu betreiben über die Jahrzehnte hin ein misstrauisch bäugtes Geschäft blieb.

Die grundsätzliche Übereinstimmung der Soziologen mit dem gesellschaftlichen Ziel- und Normensystem bot dabei keinen hinreichenden Schutz vor politischen Kollisionen. Gerade dann, wenn der politisch formulierte Auftrag wissenschaftlich ernst genommen wurde, war es unvermeidlich, dass es auch zu politisch unerwünschten Ergebnissen kam.

Zum einen waren Arbeitsprozesse und Arbeitsorganisation in der DDR über das normale Maß industrialisierter Arbeit hinaus problembehaftet. Dafür sorgte schon allein die Anlagenbasis der DDR-Wirtschaft. Sie war zu großen Teilen veraltet, dadurch extrem arbeitskraftintensiv und in dieser Hinsicht wenig ressourcenschonend. Zum anderen traten die systembedingten Koordinationsprobleme und unzulängliche Anreizstrukturen hinzu. Eine Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie, die sich unter solchen Bedingungen der Optimierung entsprechender Strukturen und Prozesse widmen sollte, musste bei deren empirischer Aufklärung zwangsläufig auf dringend lösungsbedürftige Probleme stoßen. Sodann kam sie nicht umhin, diese auch zu formulieren, wenn sie ihre Lösungsvorschläge plausibilisieren wollte.

Insofern wurde der soziologischen Forschung an der MLU schlechterdings Paradoxes abverlangt. Es sollten sowohl Beiträge zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse erbracht als auch politische Maximen und Beschlüsse wissenschaftlich bestätigt werden. Die Maximen und Beschlüsse bauten auf Wunschbildern der gesellschaftlichen Realität auf, die durch empirische Arbeit notwendig irritiert werden mussten, da sich die Realität typischerweise Wunschbildern nicht vollständig fügt. Mit der empirischen Erforschung der sozialistischen Wirklichkeit konnte so ein politisches Gefahrenpotenzial entstehen: „Es war die Ambivalenz, einerseits zur Herrschaftsrationalisierung beizutragen und andererseits mit dieser ‚harten Empirie‘ über das Potential zu verfügen, ideologisch demaskierend zu wirken, also Delegitimierung zu betreiben.“ (Koop 2009: 855) Die wissenschaftliche Umsetzung des politischen Auftrags musste mit der Doktrin in Konflikte geraten, weil weder die wissenschaftliche noch

die industrielle Rationalität sich ohne weiteres in diese Doktrin einfügen ließen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Leipziger Soziologie Koop (2009), zur Berliner Soziologie Wollmann (2010) und zur Rostocker Soziologie Hall/Münzner (2007) und Voigt (2007).
- 2 Interview Rudhard Stollberg, 10.1.2012.
- 3 Soziologische Abteilung: Arbeitskonzeption, Halle, 11.5.1965, S. 2, Nachlass Wissenschaftsbereich Soziologie: Forschung.
- 4 Antrag auf Auszeichnung des Koll. Dr. Rudhard Stollberg mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ anlässlich des 10. Jahrestages der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, o. O. [Halle/S.], 8.3.1961, Nachlass WB Soziologie: Allgemeines/Sonstiges.
- 5 [Rudhard] Stollberg: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o. O. o. J., S. 4, Nachlass WB Soziologie: Studium/Lehre.
- 6 Rudhard Stollberg: Disposition zum Thema: Wie entwickelt sich der Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands?, 25.05.1956, Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 7 [Rudhard] Stollberg: Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o. O. o. J., S. 6f., Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 8 [Rudhard] Stollberg: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o. O. o. J., S. 9, Nachlass WB Soziologie: Studium/Lehre.
- 9 Arbeitsplan des Instituts für Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für das Studienjahr 1963/64, o. O. o. J., S. 3, Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 10 Abteilung Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen: Arbeitsprogramm für das Studienjahr 1963/64, Halle, 05.10.1963, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 11 Doz. Dr. Stollberg: Vorschlag zur Ausdehnung des Aufgabenbereiches der Abteilung „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“ im Institut für politische Ökonomie, o. O., 25.05.1964, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 12 ebd.
- 13 [Rudhard] Stollberg: Entwurf Arbeitsplan des Instituts für Politische Ökonomie für das Studienjahr 1963/64, o. O. o. J., S. 13, Nachlass WB Soziologie: Forschung.
- 14 Stollberg, Rudhard (1976): Gutachten zur Dissertation A des Dipl.-Phil. Rudolf Bahro, Halle/S., 18.6.1976, LHA LSA Abt. Merseburg, Bestand P 523 Rudolf Bahro 1971/72, 1977, Mappe V/6/31/114. – Anmerkungen zur Abschrift: Einige Textstellen sind durch die optische Qualität des überlieferten Gutachtens unleserlich. Diese wurden nach einer Abschrift ergänzt, die in den Unterlagen des MfS, bereitgestellt durch die BStU, vorliegt (BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0049-0051). Diese Ergänzungen sind durch Unterstreichung gekennzeichnet.
- 15 Die Entstehung des Konvoluts wird geschildert bei Herzberg/Seifert (2002: 121f.).
- 16 Thomas Heise hat Teile der Interviewprotokolle 1996 in der Paperreihe des Berliner Ensembles, wo er seinerzeit als Dramaturg tätig war, publiziert. Gefunden hatte er sie in den 70er Jahren „versteckt in einer Plastiktüte hinter Einweckgläsern im Keller des Hauses“ seiner Eltern – Wolfgang Heise war ein unorthodoxer marxistischer Philosoph an der Berliner Humboldt-Universität. Sein Vater sagte ihm damals, dass es sich um „das meistgesuchte Manuskript in der DDR“ handele (Heise 1996). Die 1980 in der Bundesrepublik erfolgte Veröffentlichung der Dissertation (Bahro 1980) hatte ohne die Dokumentation dieser Interviews auskommen müssen, „da sie sofort nach Vorlage der Arbeit in aller Form unter Verschluss genommen wurden“ (ebd.: 8).
- 17 Vgl. Begründung des Wissenschaftliches Rates der THLM zur Ablehnung der Promotion Bahro am 17.1.1977, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0048. Vgl. auch den Anhang „Dokumentation der Ablehnung“ in der 1980 in der Bundesrepublik erfolgten Publikation der Dissertation (Bahro 1980: 219-232). – 1980 wurde Bahro, inzwischen in der Bundesrepublik, mit der Arbeit an der TH Hannover bei Oskar Negt promoviert (Herzberg/Seifert 2002: 128).
- 18 Abteilung XV: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045.
- 19 ebd., S. 1f.
- 20 ebd., S. 2.
- 21 Vgl. Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Verteidigung seiner Dissertation A betreffen [gemeint ist Rudolf Bahro], 1.9.1977 [IM-Bericht], S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0046.
- 22 Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040.
- 23 Einzig in der Überlieferung des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Halle findet sich eine „Akte

- Rudolf Bahro“ (incl. der Dissertation selbst), wenn auch ohne für unsere Darstellung einschlägige Hinweise: vgl. LHA LSA Merseburg P 523 Bezirksleitung Halle der SED, Büro Felfe, Akte Rudolf Bahro: V/6/31/114 (1971/72, 1977), V/6/31/113 (1976).
- 24 Am 7.6.2011 gesichtete Bestände im LHA LSA Merseburg: P 516 Sitzungsprotokolle der Bezirksparteikontrollkommission (BPKK): IV/C-2/4/0281 (1975), IV/C-2/4/0282 (1976), IV/D-2/4/259 (1977-1978); P 516 Bezirksleitung der SED, Abt. Wissenschaften und Volksbildung, Kultur: IV/D-2/9.02/439 (1977-1981), IV/C-2/9.02/0499 (1975), IV/C-2/9.02/0500 (1975-1976), IV/C-2/9.02/0504 (1975), IV/C-2/9.02/0505 (1976), IV/D-2/0.02/437 (1977-1981); P 517-5 Protokolle der Leitungssitzungen der UPL der MLU Halle-Wittenberg: IV/D-7/761/02 (April 1977-Mai 1979); P 517-5 Informationsberichte der UPL der MLU Halle-Wittenberg 1977-1981: IV/D-7/761/04 (1977-1981).
- 25 Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Verteidigung seiner Dissertation A betreffen [gemeint ist Rudolf Bahro, P.P.], 1.9.1977 [IM-Bericht], S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0046
- 26 ebd.
- 27 Abteilung XV [des MfS]: Information. Hinweise zum Wissenschaftsbereich Soziologie der Sektion Wirtschaftswissenschaften der MLU Halle im Zusammenhang mit Bahro, 17.9.1977, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0037
- 28 Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040.
- 29 ebd.
- 30 ebd.
- 31 Interview Rudhard Stollberg, 10.1.2012.
- 32 Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040.
- 33 Gefälligkeit nicht für Bahro, sondern für den mit Stollberg befreundeten Merseburger Soziologen und Betreuer der Dissertation, Günter Bohring.
- 34 Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040.
- 35 Abteilung XV: Information über aufgetretene Stimmungen und Meinungen zum Feind Rudolf Bahro an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der MLU Halle, Sitz Große Steinstr. 73, Halle, 26.9.1977, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0056.
- 36 ebd.
- 37 „Die Information muß vertraulich ausgewertet werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der IM noch nicht in der Lage, die Diskussionspartner zu personifizieren“ – eine MfS-Umschreibung dafür, dass er sich durch namentliche Benennung als Urheber der Informationen dekonspirieren würde (Abteilung XV: Information. Verhalten von Prof. Stollberg in der Angelegenheit des Feindes Bahro, Halle, 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0041-0042).
- 38 ebd., S. 1f.
- 39 ebd.
- 40 Interview Ingrid Hölzler, 26.8.2011.
- 41 Interview Rudhard Stollberg, 10.1.2012.
- 42 Interview Ingrid Hölzler, 26.8.2011.
- 43 Abteilung XX/3 [des MfS]: 1. Lagebericht, Halle, den 23.06.1978, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0076.
- 44 ebd.
- 45 „Abteilungen“ im Plural vermutlich deshalb, weil die Abteilung 26 sowohl auf zentraler MfS-Ebene als auch auf den dezentralen Bezirksebenen der MfS-Struktur existierte.
- 46 Vgl. zu diesen Personalkategorien das MfS-eigene „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ (MfS-Hochschule 1985); zu den IMs ebd.: 177-203, zu den GMS ebd.: 138
- 47 Abteilung XV: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045

Literatur

- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt am Main.
- Bahro, Rudolf (1980): Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus, Bund-Verlag, Köln.
- Bahro, Rudolf (1996): Ingenieure. Rudolf Bahros Protokolle aus den siebziger Jahren. Aus einem Manuskript, versteckt zwischen Einweckgläsern, hrsg. von Thomas Heise, Berliner Ensemble, Berlin.
- BStU, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.) (2012): Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin. URL: <http://www.nbn-re->

- solving.org/urn:nbn:de:0292-97839421309364 (Stand: 22.2.2014).
- Hall, Christian/Daniel Münzner (2007): Die Begründung der Soziologie an der Universität Rostock, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 316-319.
- Heise, Thomas (1996): Editorische Notiz, in: Rudolf Bahro, Ingenieure. Rudolf Bahros Protokolle aus den siebziger Jahren. Aus einem Manuskript, versteckt zwischen Einweckgläsern, hrsg. von Thomas Heise, Berliner Ensemble, Berlin, S. 756.
- Herzberg, Guntolf/Kurt Seifert (2002): Rudolf Bahro - Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Ch. Links Verlag, Berlin. Herzberg, Guntolf/Kurt Seifert (2002): Rudolf Bahro - Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Ch. Links Verlag, Berlin.
- Koop, Dieter (2009): Soziologie, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009. Band 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen. 1. Halbband, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009, S. 846-858.
- MfS-Hochschule (Hg.) (1985 [1993]): Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin.
- Sparschuh, Vera/Ute Koch (1997): Sozialismus und Soziologie. Die Gründergeneration der DDR-Soziologie. Versuch einer Konturierung, Leske + Budrich, Opladen.
- Stollberg, Rudhard (1957): Die Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland, Dissertation, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S., unveröff.
- Stollberg, Rudhard (1962): Apologetik und Vulgarismus in der Grenznutzentheorie. Eine Studie zur Analyse des Verfallsprozesses der bürgerlichen politischen Ökonomie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Habilitationsschrift, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S., unveröff.
- Stollberg, Rudhard (1988): Soziologie der Arbeit, Verlag Die Wirtschaft, Berlin [DDR].
- Voigt, Peter (2007): Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Peter Voigt am 12. Januar 2007, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 322-348.
- Wiedmann, Roland (2010): Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch), Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Hg.). URL: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421302710> (Stand: 22.2.2014).
- Wollmann, Hellmut (2010): Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der „Wende“, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010. Band 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision, Akademie Verlag, Berlin, S. 233-254.

Berliner Debatte Initial

1

25. Jg. 2014

Innovativer Rechtsextremismus?

Soziale Innovationen
im Rechtsextremismus

Kollmorgen
Quent

Laumann

„Gender-Terroristen“ und
„Homosexualisierung“

Virchow

Religionsprivileg als
Mittel zum völkischen Zweck

Wacquant

Marginalität, Ethnizität
und Strafen in der
neoliberalen Stadt

Pasternack

Die Hallesche
Bahro-Affäre 1977

Berliner Debatte Initial 25 (2014) 1

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V., Vorsitzender Erhard Crome, Ehrenpräsident Peter Ruben. Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw Helder, Cathleen Kantner, Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisich.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen, Robert Stock, Dag Tanneberg, Matthias Weinhold, Jan Wielgohs. Redaktionelle Mitarbeit: Jonas Frister, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller. V.i.S.P. für dieses Heft: Raj Kollmorgen

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
www.berlinerdebatte.de

Berliner Debatte Initial erscheint bei WeltTrends, Medienhaus Babelsberg August-Bebel-Straße 26-53 D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft: 15 €
Jahresabonnement: 40 €, Institutionen 45 €, Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* bestellen. Nachweis (Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel; Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne Artikel (als PDF) im Webshop: www.berlinerdebatte.de oder per E-Mail: bestellung@berlinerdebatte.de oder telefonisch: +49/331/977 45 75 (Büro WeltTrends)

Innovativer Rechtsextremismus?

Zusammengestellt von Raj Kollmorgen und Matthias Quent

Editorial	3	<i>Freerk Huisken</i> Zur Kritik des NPD-Verbots. Wie sich führende Demokraten mit rechtsradikaler Gesinnung auseinander- setzen, ohne diese zu kritisieren	78
<i>Raj Kollmorgen, Matthias Quent</i> Innovation und Reziprozität. Zur Bedeutung von sozialen Innovationsbeziehungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus	5		
		* * *	
<i>Peter Schulz</i> Neue Nazis. Wie und warum sich die radikale Rechte verändert	18	<i>Loïc Wacquant</i> Marginalität, Ethnizität und Strafen in der neoliberalen Stadt. Eine analytische Kartographie	87
<i>Vivien Laumann</i> Von ‚Gender-Terroristen‘ und ‚Homosexualisierung‘. Rechtsextreme Geschlechterideologie am Beispiel der Thüringer Initiative <i>Free Gender</i>	33	<i>Peer Pasternack</i> Politik und Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz: Die Hallesche Bahro-Affäre 1977	106
<i>Matthias Quent</i> Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen	40	<i>Hans-Gert Gräbe</i> Der tendenzielle Fall der Profitrate. Anmerkungen zu einem theoretisch umstrittenen Problem bei Karl Marx	119
<i>Peter Bescherer</i> Zwischen Standortschutz und Demokratisierungsprojekt. Selbstverständnis und Praxis der Protestbewegung gegen Rechtsextremismus am Beispiel Jena	54	<i>Rainer Land</i> Kann man <i>Entwicklung</i> messen? Sraffas „Warenproduktion mittels Waren“ im Rückblick	132
		DOKUMENTATION	
<i>Fabian Virchow</i> Das Religionsprivileg als Mittel zum völkischen und antisemitischen Zweck. Die Bewegung der Ludendorffer im Lichte staatlicher Verbotpraxis	66	<i>Michael Brie</i> Die kommunistischen Opfer kommunistischer Herrschaft. Anlässlich des 100. Geburtstags von Walter Janka	144

REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN

Utopien der frühsowjetischen
Architektur und Stadtplanung.
Besprochen von *Thomas Möbius* 149

Peter Ullrich:
Deutsche, Linke
und der Nahostkonflikt.
Politik im Antisemitismus-
und Erinnerungsdiskurs.
Rezensioniert von *Christoph Gollasch* 152

Bernhard Emunds,
Wolf-Gero Reichert (Hg.):
Den Geldschleier lüften!
Perspektiven auf die monetäre
Ordnung in der Krise.
Rezensioniert von *Ulrich Busch* 155

NACHRUF

Ingrid Oswald (1957 – 2013) 159

Editorial

Hätten Ermittler und Geheimdienste den Terror des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) früher erkennen, gar aus den Entwicklungen des organisierten Rechtsradikalismus in den 1990er Jahren vorhersagen können? Warum wurde schon die Möglichkeit der Existenz einer neonazistischen Terrorgruppe in den rassistisch gefärbten Ermittlungen der Serie an Raubüberfällen, Sprengstoffanschlägen und Morden 14 Jahre lange geleugnet, obwohl die Betroffenen die Botschaft längst verstanden hatten und öffentlich kritisierten? Tausende, vor allem Migrantinnen und Migranten, demonstrierten nach dem mutmaßlich letzten rassistisch motivierten Mord des NSU 2006 in Kassel und Dortmund. Sie forderten „Kein 10. Opfer!“ und kritisierten, dass rassistische Tatmotive ausgeschlossen und stattdessen die Angehörigen der Ermordeten von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und damit erneut viktimisiert wurden. Heute erwarten Hinterbliebene und Angehörige, politische und zivilgesellschaftliche Akteure sowie die kritische Öffentlichkeit von den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und dem laufenden Strafprozess in München Antworten auf diese Fragen.

Noch kurz vor dem Untertauchen des späteren NSU im Januar 1998 verkünden anonym bleibende Experten, trotz sichtbarer Radikalisierung- und Militarisierungsprozesse der extremen Rechten drohe keine „braune RAF“ (Der Spiegel, 10/1997, S. 34). Fehleingeschätzt wurden – und werden z. T. noch immer – die Folgen menschenfeindlicher Mentalitäten in Behörden und der Nutzen geheimdienstlicher Methoden, vor allem der so genannten

„V-Leute“. In ihren bewegenden Erzählungen berichtet Semiya Simsek, Tochter des vom NSU getöteten Enver Simsek, auch darüber, wie die Ermittler jahrelang rechtsextremistische Motive ausschlossen, denn diese, so die Beamten, „hätten in der Vergangenheit immer einen anderen Zuschnitt gehabt“ (Semiya Simsek mit Peter Schwarz: „Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater“, Berlin 2013, S. 234). Unterschätzt wurde die Innovations- und Anpassungsfähigkeit rechtsradikaler Strategien, Organisations- und Gewaltformen, auch weil unflexible oder oberflächliche Analyserahmen – wie etwa der RAF-Vergleich – dominierten.

Vor diesem Hintergrund muss in der Sozialforschung gefragt werden, ob die bisherigen Methoden, Erklärungs- und Interpretationskonzepte ausreichen, um die modernen Entwicklungen des Rechtsradikalismus gehaltvoll analysieren und soziale Entstehungs- wie Wirkungszusammenhänge in der Bewegungsfamilie hinreichend aufklären zu können. Die hier versammelten Beiträge knüpfen damit an eine Frage an, die in dieser Zeitschrift bereits in dem Themenschwerpunkt *Rechtsextremismus als soziale Bewegung* (Heft 1/1996) aufgeworfen wurde.

Trotz der „Revitalisierung nationalsozialistischer Diskurse“ (vgl. Quent in diesem Heft) zeigt sich die rechtsextreme Bewegung nach wie vor innovations- und anpassungsfreudig, wenn es darum geht, die eigene politische Handlungsfähigkeit zu sichern und an veränderte gesellschaftliche Bedingungen anzupassen. Dabei reagieren die Rechtsradikalen sowohl auf staatliche Akteure wie auf Entwicklungen

der antinazistischen Bewegung, die ihre Strategien wiederum anpassen müssen. Statt von statischen Gebilden auszugehen, sollte der modernisierte Rechtsradikalismus unter einer Innovationsperspektive betrachtet werden, die auch die wechselseitigen Entwicklungsbezüge zwischen Rechtsradikalismus und dessen staatlichem und nicht-staatlichem Gegenüber berücksichtigt. Dafür plädieren *Raj Kollmorgen und Matthias Quent* in ihrem Artikel. Anhand dreier Wandlungsprozesse skizzieren sie soziale Innovationsdynamiken im deutschen Rechtsextremismus und formulieren eine neue Forschungsprogrammatische. *Peter Schulz* beschreibt anschließend in seinem Überblicksbeitrag, wie und warum sich die radikale Rechte in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verändert hat und welche Erklärungsansätze diese Dynamiken mit welchen Argumentationsfiguren interpretieren. Am Beispiel einer neonazistischen Kampagne gegen Gender-Mainstreaming führt *Vivien Laumann* aus, wie die rechte Bewegung auf gesamtgesellschaftliche Paradigmenwechsel reagiert und welches Frauenbild dem modernisiert auftretenden Rechtsextremismus zugrunde liegt. Ändern zeitgenössische soziodemografische Prozesse und Diskurse die Programmatik und Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus? *Matthias Quent* analysiert anhand der „Anti-

Volkstod-Bewegung“ die Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus und sozialem Wandel insbesondere in ländlichen Regionen.

Entwicklungen und Veränderungen der Aktionsschwerpunkte, Strategien und Akteure finden auch innerhalb der Bewegung gegen rechts statt, wie *Peter Bescherer* in seinem Beitrag am Beispiel der Protestbewegung in Jena, dem Herkunftsort des NSU, analysiert. *Fabian Virchow* stellt einen Sonderfall staatlicher Verbotspraxis und ihrer Folgen gegen extrem rechte Vereinigungen dar: Das Verbot des Bundes für Gotterkenntnis und des Verlags Hohe Warte durch Innenminister und Regierungspräsidenten 1961 traf auf eine Organisation, die bereits über Erfahrungen mit einem staatlichen Verbot verfügte und sich explizit auf das Privileg einer Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft berief. Trotz der Verbotsmaßnahme, die für den Verlag 1971 und für die Vereinigung 1977 gerichtlich für unwirksam erklärt wurde, setzten die Akteure ihre Tätigkeit nahezu bruchlos fort. Der Diskussionsbeitrag von *Freerk Huisken* setzt sich schließlich kritisch mit dem aktuellen NPD-Verbotsverfahren als Beispiel staatlich-repressiver Reaktion auf und Interaktion mit dem Rechtsradikalismus auseinander.

Raj Kollmorgen, Matthias Quent

Autoren

Peter Bescherer, Dr. phil.,
Soziologe, Leipzig

Michael Brie, Prof. Dr.,
Philosoph, Wissenschaftlicher Referent des
Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-
Luxemburg-Stiftung, Berlin

Ulrich Busch, Dr. habil.,
Finanzwissenschaftler, Berlin, Mitglied der
Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu
Berlin

Christoph Gollasch, MA,
Politikwissenschaftler, Freie Universität
Berlin

Hans-Gert Gräbe, apl. Prof. Dr.,
Informatiker, Universität Leipzig

Freerk Huiskens, Prof. Dr. em.,
Erziehungswissenschaftler, Universität
Bremen

Raj Kollmorgen, Prof. Dr. phil.,
Soziologe, Hochschule Zittau/Görlitz

Rainer Land, Dr. phil.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,
Thünen-Institut, Bollewick

Vivien Laumann, Dipl.-Psychologin,
Dissens – Institut für Bildung und For-
schung e.V., Berlin

Thomas Möbius, M. A.,
Sozialwissenschaftler und Literaturwissen-
schaftler, Berlin

Peer Pasternack, Prof. Dr.,
Direktor des Instituts für Hochschulfor-
schung, Martin-Luther-Universität Halle
(Saale), Wissenschaftlicher Leiter des WZW
Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt,
Wittenberg

Matthias Quent, M. A.,
Soziologe, Friedrich-Schiller-Universität
Jena

Peter Schulz, M. A.,
Soziologe, Friedrich-Schiller-Universität
Jena

Fabian Virchow, Prof. Dr.,
Soziologe und Politikwissenschaftler, Fach-
hochschule Düsseldorf

Loïc Wacquant, Prof. Dr.,
Soziologe, University of California, Berkeley,
Centre europeen de sociologie et de science
politique, Paris